

Kocka, Jürgen

Book Part — Digitized Version

Chance und Herausforderung: Aufgaben der Zeitgeschichte beim Umgang mit der DDR-Vergangenheit

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Kocka, Jürgen (1994) : Chance und Herausforderung: Aufgaben der Zeitgeschichte beim Umgang mit der DDR-Vergangenheit, In: Bernd Faulenbach, Marcus Meckel, Hermann Weber (Ed.): Die Partei hatte immer recht - Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur, ISBN 3-88474-209-4, Klartext, Essen, pp. 239-249

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112458>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

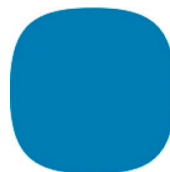
Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB).

Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH

Bibliothek und wissenschaftliche Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)

Library and Scientific Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**.

More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Chance und Herausforderung

Aufgaben der Zeitgeschichte beim Umgang mit der DDR-Vergangenheit

Die Beschäftigung mit der jüngsten Zeitgeschichte muß meist ohne den abkühlenden Schutz der Distanz auskommen, mit der die Untersuchung weiter zurückliegender Geschichtsepochen rechnen kann. Zeithistoriker bearbeiten Entwicklungen und Begebenheiten, deren Folgen noch zu erheblichen Teilen im Dunkel der Zukunft liegen. Sie bearbeiten Zeitabschnitte, deren Gestalter und Opfer, Gewinner und Verlierer, Beobachter und Zeugen noch leben. Deshalb nehmen persönliche Betroffenheit und Erinnerung, Rechtfertigungs- und Anklagebedürfnisse, Wünsche nach Abrechnung, Sühne und Versöhnung, moralisches und politisches Engagement viel unmittelbarer auf die zeitgeschichtliche Arbeit Einfluß als etwa auf die Erforschung der mittelalterlichen Geschichte, des 19. Jahrhunderts oder anderer ferner Kulturen. Die Deutung der jüngsten Vergangenheit spielt für das aktuelle Selbstverständnis einer Gegenwart meist eine größere Rolle als die Rekonstruktion ihrer weiter zurückliegenden Vorgeschichte. All das wissen die Praktiker der Zeitgeschichte und sie begreifen es nicht nur als Schwierigkeit, sondern auch als Herausforderung und besondere Chance. Wenn sie die Verfahren der Geschichtswissenschaft sorgfältig anwenden, hindert sie die Nähe zu ihrem Gegenstand in der Regel nicht daran, zu objektiven Ergebnissen zu gelangen – in dem Sinn, in dem objektive Ergebnisse in der Geschichtswissenschaft überhaupt möglich sind.

Verbindung von Geschichte und Politik

Diesen allgemeineren Zusammenhang erlebt man gegenwärtig in besonderer Zuspitzung. Beim Umgang mit der DDR-Vergangenheit sind Geschichte und Politik in den letzten Jahren ungewöhnlich

enge Verbindungen eingegangen. Eine Gemengelage ist entstanden, die – gemessen an der Intensität der gegenseitigen Durchdringung von Gegenwartspolitik und Zeitgeschichte – in der Bundesrepublik bis 1989/90 wohl keine Parallele hatte.

Die ungewöhnlich enge Verbindung von Gegenwartspolitik und Zeitgeschichte im Umgang mit der DDR-Vergangenheit zeigt sich in vielerlei Weise: am großen Interesse der Öffentlichkeit an Schriften und Veranstaltungen zur DDR-Geschichte, speziell zur Geschichte der Repression und hier der „Staatssicherheit“; an der Verwendung von zeitgeschichtlichen Informationen als Munition in tagespolitischen Auseinandersetzungen; an einem hohen Grad der Moralisierung des Umgangs mit der DDR-Geschichte, selbst in den Schriften von Wissenschaftlern; und in der Entwicklung neuer institutioneller Formen für die Bearbeitung der DDR-Vergangenheit. Hier ist an die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland ebenso zu denken wie an die Abteilung „Bildung und Forschung“ in der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR oder an den „Forschungsverbund SED-Staat“, der an der Freien Universität Berlin entstanden ist.

Aus der Perspektive des Berufshistorikers fehlt es dieser Konstellation nicht an bedenklichen Begleiterscheinungen. Politische Willensbildungs- und wissenschaftliche Wahrheitsfindungsprozesse sind in dieser Gemengelage von Zeitgeschichte und Gegenwartspolitik manchmal merkwürdige Verbindungen eingegangen. Die eilfertige Bereitstellung tagespolitisch verwendbarer Enthüllungshistorie in Form kaum verarbeiteter und deshalb leicht instrumentalisierbarer Aktenfunde ist dem Ansehen der Geschichtswissenschaft in der Öffentlichkeit nicht gerade förderlich gewesen. Umgekehrt tun sich Historiker, die dem untergegangenen System verbunden waren und auch heute noch geschichtswissenschaftlich arbeiten, nicht immer leicht, jene Geschichtsabschnitte vorbehaltlos und kritisch zu durchleuchten, mit denen ihre Biographien engstens verknüpft waren. Anders im Fall der Opfer des Systems, der Dissidenten und Protestierer: Ihnen vermittelt der kühle, distanzierte wissen-

schaftliche Umgang mit der Geschichte, die in besonders exponierter Weise auch die ihre war, manchmal das Gefühl, ihnen werde ein Besitz entwendet, auf dem ein guter Teil ihrer Identität, auch ihr Stolz, beruht. Hermann Rudolph, der dies nach der Berliner Abschlusssitzung der Enquete-Kommission Anfang Mai 1994 schrieb, schloß daran die Frage an: „Was kann denn bei der fast unauflösbaren Durchdringung von Zeitgeschichte und Gegenwartsproblemen, die bei der Beschäftigung mit der DDR-Vergangenheit zutage tritt, ohne Gefahr der Verletzung und Verdrängung ‚aufgearbeitet‘ werden? Kann man diese so nahe und gleichzeitig schon ferngerückte Vergangenheit überhaupt verstehen, wenn man sie nicht am eigenen Leibe erfahren hat?“

Sicherlich erschwert diese Gemengelage von Gegenwartspolitik und Zeitgeschichte, von Betroffenheit und Aufarbeitungsbedürfnis die Arbeit der Zeitgeschichte bisweilen. Aber erstens ist, was sich abspielt, zum großen Teil unerlässlich. Und zweitens stellt die gegenwärtige Situation für Zeithistoriker nicht nur eine große Herausforderung, sondern eine mindestens ebenso große Chance dar.

Diktaturen stellen bedrückende Tiefpunkte in der Geschichte jedes Volkes dar, böse Erfahrungen, die aufwendige und auch öffentliche Bearbeitung erfordern, wenn sie nicht Jahre oder Jahrzehnte später als verdrängte Erinnerungen an die Oberfläche zurückkehren sollen, dann als tiefgreifende Störungen von Gesellschaft und Kultur. Die Gefahr der Verdrängung ist nach dem Ende der zweiten deutschen Diktatur ungleich geringer als nach dem Ende der ersten. Das hat mehrere Gründe: Der Anteil der eindeutig Belasteten an der Bevölkerung des Gesamtstaats ist heute – nach der Absorption der DDR durch die Bundesrepublik – viel kleiner als nach dem Ende der NS-Diktatur. Entsprechend schwächer sind die Neigung und die Macht, die Erinnerungsarbeit als zu schmerzhaft und störend zu verdrängen, wie es nach 1945 zunächst einmal in erheblichem Ausmaß geschah. Auch ist die ehrliche Erinnerung nach dem Ende der SED-Diktatur nicht derart furchtbar und unerträglich wie nach dem Ende des Systems, dessen Träger den Holocaust und den Zweiten Weltkrieg zu verantworten hatten. Überdies hat der Austausch der Funktionsebenen in den Jahren nach 1989/90 auf dem Gebiet der frü-

heren DDR tiefer gegriffen als in Deutschland in den Jahren nach 1945, letztlich weil die Überwindung der SED-Diktatur als Vereinigung mit einem nicht-diktatorischen Staat, unter dessen Regie und mit dessen Personal geschah und weil nach 1989/90 zusätzlich zum politischen Umbruch auch ein tiefer wirtschaftlich-gesellschaftlicher Systemwechsel stattfand – auch dies in gewissem Unterschied zu nach 1945. Die „Vergangenheitsbewältigung“ der Jahre nach 1989/90 scheint mir intensiver, offener und vorbehaltloser als die nach 1945. Dies ist vor allem zu begrüßen. Daß der – insgesamt von niemandem gesteuerte oder kontrollierte – Prozeß nicht ohne schmerzhaftes Konvulsionen und neue Ungerechtigkeiten verläuft, gehört zu den „Kosten“, aber ist wohl nicht ganz zu vermeiden.

Herausforderung der Zeithistoriker

Die Zeithistoriker sind in diesem Prozeß besonders gefordert. Das Interesse der Gegenwart an der DDR als Geschichte, die weitreichende Aufhebung der gängigen Sperrfristen für zeithistorische Dokumente, die ungewöhnliche Zugänglichkeit reichen Quellenmaterials zur Dokumentation der Geschichte bis hart an die Gegenwart heran und die Bereitstellung erheblicher Forschungsmittel haben die Geschichte der DDR zu einem boomenden Wachstumssektor gemacht. 759 laufende Forschungsprojekte – allerdings auch Prüfungsarbeiten sowie Arbeiten von Politologen, Soziologen und anderen Fachwissenschaftlern mitgezählt – hat der Mannheimer „Arbeitsbereich DDR-Geschichte“ im Auftrag der Enquete-Kommission in der zweiten Hälfte des Jahres 1993 durch eine systematische Erhebung registriert. Die Bearbeiter beschreiben ihr Ergebnis so: „Von den 759 Vorhaben beschäftigen sich 123, thematisch breit gestreut, mit kulturgeschichtlichen Fragen, 68 behandeln sozial- und lebensgeschichtliche, 45 wirtschaftspolitische Aspekte der DDR-Geschichte. Stark beachtet wird die Rolle der Kirchen und Religionsgemeinschaften bzw. die staatliche Kirchenpolitik (51). Von großem Interesse sind ebenfalls die Funktion und Arbeitsweise der Blockparteien (36) und Massenorganisationen bzw. Gesellschaftlichen Organisationen (24) sowie das Rechtssystem (28). 18 themati-

sieren die Deutschlandpolitik bzw. die „Deutsche Frage“, 18 die Außenpolitik der DDR und das Verhältnis anderer Staaten zur DDR und 15 den Militär- und Polizeiapparat. Erwartungsgemäß nehmen Analysen über Aufbau und Handlungsweise des Ministeriums für Staatssicherheit (30) breiten Raum ein, ebenso Studien über staatliche Verfolgung bzw. oppositionelles Verhalten bis in die Wendezeit (53). 45 Projekte setzen sich mit der Struktur der SED, ihrer Stellung in Staat und Gesellschaft sowie mit ihren Aktivitäten in einzelnen Politikfeldern auseinander. Unter den 50 Vorhaben, die der Rubrik ‚Politische Geschichte‘ zuzuordnen sind, befinden sich Überblicksdarstellungen, Arbeiten zu einzelnen Perioden der Geschichte oder Detailstudien zu exemplarischen Vorgängen im politischen System. Zu erwähnen sind weiterhin 18 Untersuchungen mit regionaler Schwerpunktsetzung und 14 zu Fragen der Herrschaftsideologie und Staatstheorie. Weitere 14 Studien bemühen sich in vergleichender Perspektive um die Analyse von Parallelen, Ähnlichkeiten und Unterschieden der Herrschaftsstrukturen und -methoden von realsozialistischen Staaten bzw. der DDR und der NS-Diktatur. Nicht überraschend ist das starke Interesse an Ursachen, Verlauf und Folgen des Zusammenbruchs der DDR sowie an den sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Transformationsprozessen in den neuen Bundesländern (109).“

Die meisten dieser Arbeiten sind noch nicht beendet. Ihre Ergebnisse werden dazu beitragen, das Bild von der DDR als eines Teils unserer Geschichte zu präzisieren und umzuakzentuieren. Dies ist nur der Anfang. Andere Forschungen sind in Gang gesetzt und teilweise bereits abgeschlossen worden: in den Hochschulen, an dem 1992 gegründeten Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien in Potsdam, in den oben bereits genannten Institutionen, in der 1994 gegründeten Außenstelle des Münchener Instituts für Zeitgeschichte und anderswo. Die Enquete-Kommission hat für zukünftige historische Forschung eine wichtige Grundlage geschaffen, indem sie zahlreiche Expertisen von Zeitgenossen und Wissenschaftlern in Auftrag gab und in ihren Anhörungen Quellen geschaffen hat, die hoffentlich zur Gänze veröffentlicht werden. Das meiste bleibt noch zu tun. Was die in Gang gesetzte Erforschung der DDR-Geschichte

für die Geschichte der Bundesrepublik, darüber hinaus für die Geschichte Deutschlands und Europas im 20. Jahrhundert bedeutet, wird sich erst allmählich herausstellen.

Grundsätze des öffentlichen Umgangs mit zeithistorischen Dokumenten

Über die wichtigen empirischen Detailforschungen hinaus fordert die gegenwärtige Situation die Zeithistoriker auch als Intellektuelle und Bürger. Sie bietet ihnen praktisch-politisch besondere Wirkungsmöglichkeiten. Wenn sie sich nicht in den Elfenbeinturm zurückziehen und die öffentliche Auseinandersetzung nicht scheuen, können sie *durch öffentliche Geltendmachung geschichtswissenschaftlicher Grundsätze* dazu beitragen, daß die notwendige Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit nicht falsche Gräben aufreißt und zu vermeidbaren Verletzungen führt, sondern mit Augenmaß, Genauigkeit und Gerechtigkeit erfolgt. Nur im Ausnahmefall waren es *praktizierende Berufshistoriker*, die in den letzten Monaten in den Medien Enthüllungshistorie betrieben, politische Kampagnen oder Rachezüge zeithistorisch munitioniert oder Aktenfunde zu Schnellschüssen mißbraucht haben. Wer die Grundsätze der historischen Arbeit ernst nimmt, läßt sich nicht so leicht für den politischen Tageskampf und die mediale Verwertung instrumentalisieren. Aber die Historiker haben in den letzten Monaten vielleicht zu häufig geschwiegen. Sie sollten Grundsätze des öffentlichen Umgangs mit zeithistorischen Dokumenten formulieren und in der Öffentlichkeit dafür eintreten. Unter anderem könnte es sich um folgende Grundsätze handeln.

1. Quellenkritik. Fast jede Quelle ist einseitig. Wann immer möglich, sind Aktennotizen, Berichte, Ergebnisprotokolle etc. gegen andere dazu taugliche Quellen zu halten, an ihnen zu prüfen, durch sie zu ergänzen und zu relativieren. Wo dies nicht möglich ist und man sich dennoch zur Veröffentlichung entschließt, muß auch die Einseitigkeitsvermutung mitgeteilt werden, und zwar effektiv und für den Leser, Zuhörer oder Zuschauer unübersehbar, nicht nur versteckt im

Vorwort oder in einem Nebensatz. Quellen sind durch die Interessen, Perspektiven und Wahrnehmungsgrenzen ihrer Autoren geprägt. Das gilt auch und gerade für Berichte aus dem Herrschaftsapparat selbst. Wer die Arbeitergeschichte des Kaiserreichs primär aus Polizeiberichten rekonstruierte, kam zu einem verzerrten Bild „von oben“, das die Konflikte übertrieb. Wer DDR-Geschichte primär auf der Grundlage von Stasi-Berichten schreibt, hat ein ähnliches Problem. Noch die authentischste Quelle bedarf der Bearbeitung, wenn sie nicht irreführen soll.

2. Kontext. Die Äußerungen und Handlungen von Zeitgenossen sind aus ihren Zusammenhängen darzustellen. Wer Zusammenhänge rekonstruiert, fragt nach dem, was eine bestimmte Person sonst noch sagte und tat, bemüht sich um Rekonstruktion ihrer Motive, sucht Handlungsspielräume und -bedingungen ebenso festzustellen wie Handlungsfolgen und Nebenfolgen, rückt Kooperationen und Gegenspieler ins Bild. Wer aus dem Zusammenhang reißt, führt in die Irre. Zusammenhangsrekonstruktion kostet Zeit, setzt Wissen voraus, fordert Augenmaß und Behutsamkeit. Rückblickende Kritik wird dadurch nicht ausgeschlossen, sondern fundiert.

3. Historische Differenzen. Wer über ferne Kulturen in weit zurückliegenden Zeiten arbeitet, weiß, wie notwendig es ist, die Differenz zwischen dem Erfahrungs- und Erwartungsstand der eigenen Gegenwart und dem Erfahrungs- und Erwartungsstand der untersuchten Kultur ständig in Rechnung zu stellen. Wenn man über das eigene Land – oder das Nachbarland gleicher Nationalität – im vergangenen Jahrzehnt arbeitet, vergißt man das offenbar leicht. Aber die Wandlungen der letzten Jahre waren so tiefgreifend und rasant, daß das Deutschland der achtziger, siebziger und sechziger Jahre rasch zum fernen Land wird. Für vieles, nicht zuletzt für die nationale Frage wie für die Einschätzung der DDR und ihrer Perspektiven, gilt: Was man heute weiß, als selbstverständlich voraussetzt, hofft und fürchtet, konnte man in aller Regel damals nicht wissen, als selbstverständlich voraussetzen, fürchten und hoffen. Lob und Kritik werden schief und ungerecht, wenn sie diese Differenz nicht

ständig mitdenken und darauf aufmerksam machen, in bewußter Anstrengung des Gedankens und der Darstellung.

4. *Der Nationalstaat und das Recht der Alternative.* In der öffentlichen Debatte zeichnet sich bisweilen ein neuer Dogmatismus des Nationalen ab. Ich meine damit nicht das Plädoyer für die Stärkung eines selbstsicheren, fürs Allgemeinwohl engagierten, demokratischen Nationalbewußtseins, das die innere Einigung erleichtern und Deutschland für die Nachbarn berechenbar halten kann. Ich meine auch nicht den extremen Nationalismus, der sich zum Glück weiter in engen Grenzen hält. Ich meine die selbstsichere Selbstverständlichkeit, mit der Politiker und Kommentatoren verschiedenster Couleur die nationalstaatliche Organisation einer modernen Gesellschaft als unbefragbare Norm unterstellen und davon abweichende Positionen nicht nur als realitätsfern und in den Prognosen widerlegt, sondern auch als moralisch bedenklich und prinzipienlos vorführen zu können glauben. Es ist einzuräumen, daß sich 1989/90 das nationale Prinzip auch in Deutschland mit einer Kraft und Selbstverständlichkeit durchsetzte, die den früher vereinzelt geäußerten Hoffnungen auf eine post-nationalstaatliche Organisation Europas ebenso widersprochen wie den verbreiteten Befürchtungen vor dem Verlust der nationalen Identität der Deutschen den Boden entzogen hat. Aber das heißt doch nicht, daß man nicht mit sehr guten Gründen über die Jahrzehnte hinweg für die Existenz mehrerer deutschsprachiger Staaten in Europa eintreten konnte oder durfte. Es war durchaus möglich und häufig, zugleich *gegen* den diktatorischen Charakter der DDR und *für* die Existenz zweier deutscher Staaten einzutreten.

In unserem Teil der Welt ist es *langfristig* noch nie gelungen, drei Ziele zugleich zu verwirklichen: den starken Nationalstaat, die freiheitlich-demokratische Ordnung im Innern und Friedfertigkeit nach außen. Wer das wußte und weiß, wer die bis 1989/90 bestehende Ost-West-Spaltung und die ihr eigenen Kriegsgefahren in Rechnung stellte, wer überdies die Barbarisierung nicht verdrängte, zu der in Deutschland und anderswo die radikale Verwirklichung des Nationalprinzips geführt hat, für den konnte es auch aus moralischen

Gründen sehr nahe liegen, sich post-nationalstaatlichen Ordnungsvorstellungen zuzuwenden, sie zu prüfen und zu fördern. Auch heute ist die Zukunft auf diesem Gebiet noch offener als diejenigen meinen, die im Licht der Wende von 1989/90 entdecken, wie national sie doch schon immer gewesen sind. Jedenfalls: Wer vor 1989/90 nicht für die Wiederherstellung des einen deutschen Nationalstaats eintrat, war nicht notwendigerweise der schlechtere Patriot. Auch heute ist es falsch, den Nationalstaat als *die* natürliche Organisationsform moderner Gesellschaften anzusehen. Auch heute ist es noch legitim, an der Zielvorstellung einer post-nationalstaatlichen Ordnung festzuhalten. Die Urteile der Historiker differieren in dieser Frage wie die Urteile anderer Zeitgenossen auch. Aber Historiker sollten sich bemühen, die Notwendigkeit und das Recht kontroverser und konkurrierender Ordnungsvorstellungen auch auf diesem Gebiet herauszuarbeiten und darzustellen. Für einen angemessenen Umgang mit der deutschen Geschichte 1945-1990 ist dies entscheidend.

5. Der Vergleich mit dem Nationalsozialismus. Es ist nicht nur üblich, sondern auch legitim und nützlich, die NS-Diktatur und die SED-Diktatur zu vergleichen. Zu beiden Systemen gehörte die systematische Verletzung von Menschen- und Bürgerrechten, die mangelnde Verfassungs- und Rechtsstaatlichkeit, die fehlende Begrenzung der Staatsmacht. Es fehlten die Absicherung relativ autonomer gesellschaftlicher Teilbereiche und der Schutz privater Räume. All dies zeigte sich in der fehlenden Unabhängigkeit der Justiz, eingeschränkter Meinungs- und Versammlungsfreiheit, staatlicher Willkür und Verfolgung von Dissidenten. Offene oder kaum verschleierte Ein-Parteien-Herrschaft, der Hegemonialanspruch einer institutionalisierten Ideologie und die Ablehnung des Pluralismus kennzeichneten beide Systeme. Sie setzten moderne Massenbeeinflussungs- und Massenüberwachungsmittel ein: Propaganda und vielfältige Repression, Verführung und Terror. Beide Herrschaftssysteme zielten auf die Umgestaltung der Gesellschaft und die Erziehung eines neuen Menschentyps, wenngleich mit sehr verschiedenen Inhalten und unterschiedlicher Konsequenz. In solchen, auch

lebensgeschichtlich sehr wichtigen Merkmalen glichen oder ähnelten sich beide Systeme, es sind die Merkmale der Diktatur des 20. Jahrhunderts, deren Begriffsbestimmung sich aus dem kontrastierenden Vergleich mit den Prinzipien des liberal-demokratischen Rechts- und Verfassungsstaats ergibt.

Aber zum Vergleich gehört die Benennung von Ähnlichkeiten *und* Unterschieden. Verschiedene Historiker werden unterschiedlich gewichten, und insofern besteht ein erheblicher Spielraum für Diskussion. Aber es ist nicht zu bezweifeln, daß zwischen Nazi-Deutschland und der DDR ganz erhebliche, sehr ins Gewicht fallende Unterschiede bestanden, und zwar gerade auf solchen Gebieten, auf denen sich die Unmenschlichkeit des NS-Systems besonders kraß entfaltete. Weder hat es in der DDR systematische, staatlich gelenkte Massenermordungen gegeben, die auch nur entfernt an die nationalsozialistische Vernichtung der Juden und anderer als „volksfremd“ und schädlich erklärter Minderheiten herangekommen wären. Noch ist von der DDR ein Weltkrieg ausgegangen. Das „Tausendjährige Reich“ bestand weniger als dreizehn Jahre, die DDR mehr als vierzig. Das Nazi-System war ganz und gar hausgemacht, das SED-Regime verdankte sich zum erheblichen Teil sowjetischer Hegemonialpolitik. Nach ihren geistesgeschichtlichen Wurzeln, sozialökonomischen Merkmalen und ideologischen Inhalten unterschieden sich beide Systeme sehr, und das fiel in vielen Bereichen ins Gewicht, sei es in bezug auf die Stellung der Frauen, die Haltung gegenüber den Fremden, die Behandlung der Juden, die Politik gegenüber Frieden und Krieg. Untersucht man das Herrschaftssystem, die Sozial- und Rechtspolitik, die Minderheitenpolitik, die Sozialgeschichte, das Wirtschaftssystem und die kulturellen Traditionen der beiden deutschen Diktaturen genauer, dann sind die fundamentalen Unterschiede zwischen ihnen unübersehbar.

Gerade das, was die nationalsozialistische Diktatur auch noch nach fünfzig Jahren zu einer riesengroßen Last für die nachfolgenden Generationen, zu einer Vergangenheit macht, die nicht vergeht – nämlich der von Deutschland begonnene Krieg und die beispiellosen, staatlich initiierten und gelenkten Massenermordungen –, gerade das gab es in der DDR nicht. Anders als das „Dritte Reich“ stand

die DDR auch in den Traditionen des Internationalismus, der Arbeiterbewegung, des Sozialismus und der Aufklärung, so sehr sie diese Traditionen verbog, pervertierte und zerstörte. Nur wer die Differenz zwischen den beiden deutschen Diktaturen im Auge behält, wird die verschiedenen Varianten ostdeutschen Verhaltens – die von der überzeugten Unterstützung über bedenkenlose Anpassung bis hin zu Resistenz und seltenem Widerstand reichten – und die verschiedenen Varianten westdeutschen Verhaltens gegenüber der DDR – von anti-kommunistischer Totalablehnung über friedens- und reformorientierte Realpolitik bis hin zu Kooperation und Anbiederung – historisch und moralisch richtig einordnen können.

Der Vergleich zwischen der ersten und der zweiten deutschen Diktatur ist sicher legitim und nützlich, überdies wissenschaftlich notwendig, schon weil er ohnehin im Diskurs der Vergangenheitsbewältigung, in Politik und Öffentlichkeit gegenwärtig verbreitet ist. Es läßt sich viel aus ihm lernen. Die Gesellschaft der DDR war in hohem Maße von diktatorischer Herrschaft ermöglicht, durchformt und geprägt. Ebenso wichtig ist allerdings, die Grenzen der Durchsetzung diktatorischer Herrschaft zu analysieren, um den vielfältigen Formen des Umgangs mit ihr in den verschiedenen sozialen Gruppen und Lebensbereichen gerecht zu werden. Denn auch im Fall der DDR gilt: Die vielschichtige historische Realität läßt sich als Objekt diktatorisch-staatlicher Herrschaft nur teilweise entschlüsseln. Sie ist zu komplex, als daß sie durch das dichotomische Begriffspaar „Diktatur – liberal-demokratischer Rechts- und Verfassungsstaat“ hinreichend erfaßt werden könnte. Der Diktaturenvergleich beleuchtet einige Dimensionen der DDR-Wirklichkeit, andere nicht.

Die Pflicht der Historiker ist es zu differenzieren. Ihnen muß es um die Nuancen gehen, um die Grautöne zwischen Schwarz und Weiß, um die Mehrdeutigkeiten und Proportionen. Indem sie dies öffentlich und mit Leidenschaft verfechten, entsprechen sie nicht nur den Regeln ihrer Wissenschaft, sondern können auch hoffen, zur inneren Vereinigung Deutschlands und zur Festigung seiner demokratischen politischen Kultur beizutragen.